



Stuttgart

links

Deutsche Kommunistische Partei
Kreis Stuttgart



Februar 2015

OB Kuhn und die SWSG: Soziale Wohnungspolitik geht anders!

Die Wohnungsnot ist bereits als solche eine Schande und eine grobe Verletzung elementaren Menschenrechts. Skrupellos nutzen Spekulanten und Miethäie die Notlage der Wohnungssuchenden. Die Appelle an die Sozialpflichtigkeit des Eigentums verhalten nutzlos. Wohnungsbau und Wohnungsvermieter verfolgen nur ein Ziel. Der Zweck jeder Investition heißt Rendite.

Wohnungsbau „Chefsache“

Nach seiner Wahl im Okt. 2012 brütete OB Kuhn über ein Jahr an seinem Plan zur Wohnungsfrage. Im Dez. 2013 präsentierte er sein Papier „Wohnen in Stuttgart“. Bereits damals waren über 3.300 Haushalte in der Notfallkartei für dringend Wohnungssuchende vermerkt. Die Wohnungsnot war auch im Rathaus angekommen. Zur Beseitigung der größten Not sollten in Stuttgart 600 geförderte Wohnungen und davon 300 Sozialwohnungen in 2014/2015 gebaut werden.

den. OB Kuhn schickte allen Hausbesitzern ein Faltblatt, in dem er bittet, dass bei steigenden Mieten alle Reserven mobilisiert werden müssen, um das Wohnungsangebot zu erhöhen. Als erstes ginge es um die Wohngebäude und Wohnungen, die ohne weiteres vermietet werden könnten. Leerstand soll vermieden werden. Eine erste Reaktion auf die Leerstandsmelder-Initiative?! Allerdings kein Wort gegen Mietwucher, Boden Spekulation und Wohnraumvernichtung.

SWSG wie Dr. Jekyll und Mr. Hyde

Die SWSG als kommunales Wohnungsunternehmen besitzt rund 18.000 Wohnungen, davon stehen geschätzt über 300 leer. Die SWSG sagt von sich, dass sie den Mietern ein bezahlbares Zuhause bieten will und schwafelt von sozialem Engagement. Die Mieterinitiativen berichten anderes: Beschneidung der Mieterrechte, Vernachlässigung der Instandsetzungen, falsche Betriebskostenabrechnungen,

Mieterhöhungen durch zu hohe Eingruppierungen im Mietspiegel, Leerstände und Wohnungsabriss.

So lässt die SWSG in Heschlach in der Ziegelklinge freierwerdende Häuser leerstehen. Die Sanierung wird auf die lange Bank geschoben. Im Hallschlag will die SWSG



Von diesen Wohnungen sollte die SWSG als städtisches Wohnungsunternehmen über 150 bauen. In Bau sind bisher keine 300 und keine 150, sondern schlappe 22. Fürwahr ein Tropfen in der Wüste. Zudem fallen jedes Jahr über 400 Sozialwohnungen aus der Sozialbindung. Nun hat OB Kuhn ein noch preiswerteres Mittelchen gegen die Wohnungsnot gefun-

in der Lübecker und Dessauer Str. Häuser abreißen. Ganz toll treibt es die SWSG in Stammheim in der Walter-Sigel-Straße. Hier sollen die Mieter eins aufs Dach bekommen. Auf die dreistöckigen Häuser wird ein viertes Geschoß draufgesetzt. Gleichzeitig werden die Wohnungen saniert – Heizung, Energieleitungen, Bad,

Fortsetzung Seite 2

Stopp Stupida! Aufstehen gegen die Sozialabbauer und Kriegstreiber!

Solidarität statt Spaltung!

Jede/r Fünfte in Deutschland gilt als arm. Viele Menschen haben berechnete Existenzängste. Die Hartz-Gesetze sind es, die uns demütigen. Sie wurden nicht durch Muslime geschaffen. Wer sind die Nutznießer des riesigen Niedriglohnssektors in unserem Land? Es sind die deutschen Banken und Konzerne und nicht die Muslime!

Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in aller Welt.

Deutsche Rüstungskonzerne profitieren vom Rüstungsexport. Deutschland ist drittgrößter Waffenexporteur weltweit. Auch Daimler baut Fahrzeuge für den Krieg. Wer Krieg exportiert, darf sich nicht wundern, wenn Flüchtlinge bei ihm anklopfen.

Was wir brauchen, ist gemeinsamer Widerstand aller Betroffenen gegen die Angriffe der Herrschenden auf unsere sozialen und demokratischen Rechte, Deutsche, Migranten, Flüchtlinge, Christen, Muslime ... alle gemeinsam! Die Erfahrungen im gemeinsamen Widerstand sind es, die jeden Versuch, die Wut auf „Sündenböcke“ zu lenken, unschädlich machen.

In Betrieb, Gewerkschaft, Wohn- gebiet – Solidarität hilft siegen!

Im Betrieb und in der Gewerkschaft muss das Gift der Standortlogik bekämpft werden. Wenn Belegschaften verschiedener Betriebe oder Länder gegeneinander konkurrieren und sich gegeneinander

Fortsetzung Seite 2

Patrizia-Wohnungen: Be- zahlbarer Wohnraum? Seite 3

VVS einmal pünktlich: Preiserhöhungen Seite 3

Stuttgart 21 verschärft Wohnungsnot Seite 4

Fortsetzung von Seite 1

Asbestbeseitigung, Balkon – während die Mieter in den Wohnungen weiter wohnen bleiben und Miete zahlen. Weil Bad und Toiletten für Monate nicht nutzbar sind, stellte die SWSG den Mietern einen Sanitärcontainer in den Hof. Zu den Schikanen und extremen Belastungen durch den Bau kommen dann noch Wassereinbrüche durch die Aufstockung des Gebäudes. Schimmel in den betroffenen Wohnungen ist die Folge. Zu allem Ärger müssen die Mieter ab April mit einer deutlichen Mieterhöhung rechnen.

Bezahlbare Mieten nur ohne Profit

Dauerhaft preiswerte Mieten kann es überhaupt nur unter Ausschaltung von Kapital- und Bankprofiten geben. Die Rendite ist der preistreibende Faktor. Ohne diesen Profitanteil könnten die Mieten auf ein Drittel der heutigen Mieten gesenkt werden. Für die Mehrheit der Bevölkerung sind erträgliche Mieten nur durch einen Mietstopp und durch ein gemeinnütziges, staatlich finanziertes soziales Wohnungsbauprogramm möglich. Wie bei den meisten öffentlichen Leistungen stieg auch der Wasserpreis überdurchschnittlich. Die EnBW ist der Wasserlieferant für Stuttgart. Die Preiserhöhung zum 01.08.2012 um 9,3% hatte die Wasserkartellbehörde zum Anlass genommen, den Wasserpreis zu überprüfen. Nach Ansicht der Kartellbehörde muss der Preis wegen missbräuchlicher Preis-

gestaltung um 30% rückwirkend bis zum Jahr 2007 gesenkt werden. Bei einem Jahresverbrauch von 100m³ sind bis zu 600 Euro zurückzuzahlen. Der Wasserpreis reduziert sich pro Haushalt ab sofort um ca. 90 Euro pro Jahr.

Abzocke geht munter weiter

Die Entscheidung der Kartellbehörde vom 05.09.2014 wird von OB Kuhn als positiv für den Verbraucher bewertet. Der Stuttgart 21-Befürworter und Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion im Gemeinderat M. Körner hält die Verfügung gegen die EnBW sogar für ein starkes Signal für die StuttgarterInnen. Die Rechte der Verbraucher würden gestärkt. Der EnBW-Konzernvorstand D. Mausbeck verkündete: „Wir werden die Verfügung nicht akzeptieren“.

Verschleiern und Verschweigen

Frei nach dem Motto „Haltet den Dieb“ soll vergessen gemacht werden, dass in den letzten Jahren keine Entscheidung der Gemeinderatsmehrheit von CDU, Grüne, SPD, FDP und Freie Wähler gegen die Interessen der EnBW getroffen wurde. Noch im März 2014 hat die Mehrheit im Gemeinderat gegen SÖS/Die Linke entschieden, dass das Strom- und Gasnetz in Stuttgart nicht allein durch die Stadtwerke betrieben werden soll, sondern nur zusammen mit der EnBW. Durch diese Entscheidung sinkt laut OB Kuhn der Strompreis. Fürwahr ein schönes Märchen.

Fortsetzung von Seite 1

ausspielen lassen, anstatt gemeinsam gegen das Kapital zu kämpfen, vergiftet das unser Bewusstsein. Im Wohngebiet: Wenn Wohnungsnot in Stuttgart grasst, wenn die Mieten explodieren – wer sind die Verantwortlichen? Nicht die Muslime! Wenn es jetzt „plötzlich“ keine Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge gibt, muss die Frage erlaubt sein, wer hat denn alles verhökert, den gesamten Bestand an öffentlich gefördertem Wohnraum? Das waren auch keine Muslime.

„Unsre Herren, wer sie auch seien, sehen unsre Zwietracht gern!“ schrieb B. Brecht 1931 in seinem Solidaritätslied. „Denn solange sie uns entzweien, bleiben sie doch unsre Herrn.“

**„Vorwärts und nicht vergessen
Worin unsre Stärke besteht!
Beim Hungern und beim Essen
Vorwärts, nie vergessen
Die Solidarität!“**



**UZ - unsere zeit -
Wochenzeitung der DKP
marxistisch
kritisch
analytisch**



**Jetzt 4 Wochen
kostenlos probelesen!**

Name _____

Vorname _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ / Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

CommPress Verlag GmbH · Hoffnungstraße 18 · 45127 Essen
Coupon einsenden oder per Mail schicken: info@unsere-zeit.de
Tel.: 0201 - 17 78 89 - 23 / - 24 Fax: 0201 - 17 78 89 - 28



Pfingstfreizeit im Kirnbachtal 2015

04. – 07.06.2015 im Kirnbachtal bei Tübingen

Vier Tage gemeinsam zelten mitten im Wald! Ein Vorgeschmack auf den Sommer, mit viel Spiel, Spaß und Action. Mit Spielen steigen wir auch in unser Jahresthema ein: Musik bewegt... bewegt unsere Stimmung, kann uns nachdenklich, mutig oder fröhlich machen. Das wollen wir ausprobieren, mit Lieder singen am Lagerfeuer und mit Spielen zu Tönen, Stimmen und Geräuschen. Und WO? Auf einem wunderschönen Platz im Schönbuch bei Tübingen! (Alter: 6-14 Jahre)

Kajakfreizeit 2015

22. - 25.05.2015 in Frankreich

Vier Tage Spaß beim Paddeln in Frankreich in Einer-Kajaks und Zweier-Kanadiern. Wasserkontakt garantiert! Übernachtet wird in Zelten. Bestens geeignet für Jugendliche und Junggebliebene ab 14 Jahren. Auch prima für Anfänger: eine Betreuung durch erfahrene Kajakfahrer ist gewährleistet. Die Hin- und Rückfahrt wird mit Privat-Pkw organisiert. (Alter: ab 14 Jahren)

Kinderferienlager 2015

01. - 15.08.2015 auf dem Jugendzeltplatz Urdonatal (Altmühltal)

Lieder singen, Basteln, Spielen, Kochen und viele andere gemeinsame Aktivitäten erwarten euch im Ferienlager. Unser diesjähriges Thema: Musik bewegt... wollen wir spielerisch und mit konkreten Aktionen an-packen. Was bedeutet Musik für uns? Welche Rolle spielt Musik in der Gesellschaft? Was hat Musik mit Politik und Protest zu tun? Wir wollen eigene Instrumente bauen und selber Musik machen. Und noch vieles andere mehr... (Alter: 9-14 Jahre)

Weitere Informationen unter: www.rotepeperoni.de

Patrizia-Wohnungen:

Bezahlbaren Wohnraum verteidigen!

Wohin das Geschäft mit dem Wohnraum führt, lässt sich am Beispiel der „Eisenbahnerwohnungen“ im Stuttgarter Nordbahnhofviertel aufzeigen.

Zahlreiche dieser Wohnungen gehörten seit Jahren der LBBW, die sie 2012 verkaufen musste. Warum musste? Die LBBW hatte sich, wie viele andere „seriöse“ Bankhäuser auch, bei der Immobilienspekulation mit „Schrottpapieren“ verzockt. Deshalb wurde sie 2009 mit 5000 Mio. Euro von Land, Stadt und baden-württembergischen Sparkassen gestützt.

Der Markt regelt alles?

Wegen einseitiger Wettbewerbsvorteile forderte die EU von der LBBW den Verkauf der Wohnungen. Daraufhin hatte sich im Juni 2012 die Stadt mit vier weiteren Wohnungsbaufirmen zu einem Bieterkonsortium zusammengeschlossen, um beim Kauf der LBBW-Wohnungen mitzubieten. Doch dieses Konsortium bot 2% weniger als die „Heuschrecke“ Patrizia AG. Nach kapitalistischem EU-Recht muss der Meistbietende den Zuschlag erhalten. So war es den Entscheidungsträgern „leider unmöglich“, die Wohnungen nicht an die Patrizia AG zu verkaufen. Auf-

sichtsratsmitglieder der LBBW waren damals u.a.: Murawski (Grüne), Schmid und Schmiedel (SPD), Ex-OB Schuster (CDU). Ganz nebenbei nahm die Patrizia AG den größten Teil des Kaufpreises (ca. 800 Mio. Euro) als Kredit beim Verkäufer LBBW auf, die den Zinsgewinn gerne einstrich.

„Sozial“charta kein Mieterschutz!

Um die zahlreiche Kritik an der Patrizia AG vom Tisch zu wischen, wurde mit dem Kaufvertrag eine sogenannte „Sozial-



charta“ zum angeblichen Schutz der MieterInnen vereinbart. Diese erlaubte jährliche Mieterhöhungen von durchschnittlich 3% über die Inflationsrate hinaus für den gesamten Bestand von 21.000 Wohnungen. Schon damals fürchteten viele, dass diese Charta das Papier nicht wert ist, auf dem sie steht. Bald flat-

terten den MieterInnen Mietpreiserhöhungen ins Haus, im Einzelfall um bis zu 9,1%. Schließlich wollte die Patrizia AG mit den Wohnungen ja nur eine „bescheidene“ Rendite von 4 – 5 % erwirtschaften: auf Kosten der MieterInnen versteht sich.

Wohnraum muss bezahlbar sein!

Leider kann die Entwicklung der Einkommen mit solchen Mietpreiserhöhungen nicht mithalten. Ein immer größerer Anteil des Einkommens muss für das Wohnen aufgebracht werden. Wer vorher schon an der Grenze seiner Belastbarkeit war, muss nun den Verlust seiner Wohnung befürchten. Eine bezahlbare Wohnung in Stuttgart zu finden, wird angesichts überall steigender Mieten und fehlender Sozialwohnungen inzwischen zum „6-er im Lotto“.

Jetzt stehen, wie am 2.2. im Amtsgericht Stuttgart, erste Räumungsklagen an. Die gemeinsame Gegenwehr der betroffenen MieterInnen und die solidarische Unterstützung durch die Stuttgarter Bevölkerung ist nötig.

Schluss mit der endlosen Profitmaximierung auf dem Rücken der MieterInnen! Wohnraum ist keine Ware!

VVS einmal pünktlich:

Preiserhöhungen zum Jahresanfang

Pünktlichkeit werde beim Verkehrsverbund Stuttgart (VVS) großgeschrieben, behauptet dieser auf seiner Website. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Aber mindestens einmal pro Jahr ist der VVS pünktlich: Die Fahrpreise wurden wie jedes Jahr auch diesmal zum Jahresanfang erhöht. Das Einzelticket für 1 Zone für Erwachsene ist um 4,6% teurer geworden. Das 4er-Ticket für 1 Zone für Erwachsene wird um 5% teurer. Noch dreister ist die Erhöhung für den Kinderfahrerschein für 3 Zonen mit 5,9%.

Sozialticket nur ein Almosen

Das 2015 eingeführte Sozialticket bringt den Bonuscard-Inhabern in Stuttgart, das sind rund 11% der Einwohner, eine Ersparnis. Allerdings ist das Sozialticket nur erhältlich für Monats- und Jahreskarten. Für arme Menschen, die nicht täglich auf Busse und Bahnen angewiesen sind, bietet das Sozialticket keinen Vorteil. Einzeltickets oder 4er-Tickets werden nicht ermäßigt.

Fahrpreissenkungen sind machbar

Um die Fahrpreise auf den von den Kommunisten geforderten Nulltarif zu bringen, bieten sich eine Vielzahl von Möglichkeiten. Im Herbst letzten Jahres hat der VVS der Münchener S-Bahn 15 S-Bahnzüge "ET420" geschenkt. Dies sind die S-Bahnen, deren Türen sich mit zwei Hebeln statt einem Drucktaster öffnen lassen. Die Wagen werden dort für nur 10% des Neupreises eines Zuges aufgemöbelt. In Stuttgart werden stattdessen neue Züge gekauft, bei denen noch nicht

einmal die Schiebetritte ausfahrbar sind.

liberté, égalité, gratuité

Dass es bereits heute noch viel preiswerter geht, war in der Zeitung Kontext vor einem Jahr zu lesen. Im südfranzösischen Aubagne dürfen seit 2009 die Busse zum Nulltarif genutzt werden. In Aubagne gibt es halt einen kommunistischen Bürgermeister. Der Nulltarif wäre auch bei uns finanzierbar, wenn wie in Frankreich die Städte eine Nahverkehrsabgabe von den Konzernen und Banken erheben würden.

Einladung zu den Treffen der DKP

Gruppe Nord:

Di. 17.02., Di. 03.03. und Di. 17.03., 19.00 Uhr, Bürgerzentrum Feuerbach, 1. Stock, Stuttgarter Str. 15 bei OBI, Eingang Roserplatz (Haltestelle Feuerbach Bahnhof)

Gruppe Cannstatt:

Di. 03.03., 19.00 Uhr, Gaststätte Äquator, Kreuznacher Str. 57, Cannstatt (Nähe Wilhelmsplatz)

Gruppe Süd:

jeden 3. Donnerstag im Monat, Do. 19.02. und Do. 10.03. um 19.00 Uhr, Linkes Zentrum Lilo Herrmann, Böblinger Str. 105, Stuttgart-Heslach (Haltestelle Erwin-Schöttle-Platz)

Stuttgart 21 verschärft Wohnungsnot

Stuttgart liegt mit durchschnittlich über 10 Euro pro qm Wohnfläche an dritter Stelle bei den Mietpreisen in Deutschland. Der Mietspiegel steigt jährlich um über 5%. Der Grund: Es werden nur die Wohnungen zur Berechnung herangezogen, die in den letzten vier Jahren neu vermietet wurden oder bei denen sich die Miete erhöhte. Seit Jahren geht der Trend in Stuttgart weg von bezahlbaren Wohnungen. 2012 waren gerade mal 12.000 Wohnungen noch in der Mietpreisbindung, bis 2016 werden weitere 2.200 Wohnungen herausfallen und dann teurer vermietet. Gab es 1992 noch 21.889 Sozialwohnungen, so waren es 2012 gerade noch 16.369. Die Zahl der gemeldeten Wohnungssuchenden ist aber weiterhin auf hohem Niveau, nämlich über 3.600, und die Zahl der Dringlichkeitsfälle liegt bei über 2.000. Der Stuttgarter OB hatte im Dezember 2013 großsprecherisch verkündet, dass in den nächsten vier Jahren jährlich 300 Sozialwohnungen gefördert werden. Sollte es überhaupt dazu kommen, so kann man das nur als Kosmetik bezeichnen.

Mietpreistreiber Stuttgart 21

Auf der Website des Bahnprojekts S21 wird geworben, dass Wohnraum für 24.000 Menschen auf dem Areal entstehen kann. Doch was werden das für Wohnungen sein? Milaneo, das Vorzeigeprojekt der Investoren, zeigt, was zu erwarten ist. Hier werden 415 Luxuswohnungen mit einer Quadratmetermiete von 20 Euro gebaut. Die billigste Wohnung, eine 1-Zimmer-Wohnung mit etwas über 50 qm, kostet mal locker 1.090 Euro und eine Familie mit Kindern könnte für über 3.500 Euro dann eine 5-Zimmer-Wohnung bekommen. So ist das im Kapitalismus: Wenn Wohnen nicht mehr zur staatlichen Daseinsvorsorge gehört, sondern nur den Investoren als Renditeobjekt dient, dann bleibt die Bevölkerung auf der Strecke.

Stuttgart 21 verhindert sozialen Wohnungsbau

Im Zuge der Bahnprivatisierung hatte die Bahn 1994 aus dem Bundeseisenbahnvermögen alle Flächen für den Bahnbetrieb unentgeltlich übertragen bekommen.

Wenn diese Flächen nun nicht mehr für den Bahnbetrieb benötigt werden, müsste sie dieses Gelände unentgeltlich an die Stadt übergeben. Stattdessen bereicherte sie sich unrechtmäßig, indem sie der Stadt Stuttgart 2001 die Flächen zum Preis von damals 460 Mio. Euro verkaufte. Rechnet man die seither angefallenen Zinsen hinzu, so könnte die Stadt Stuttgart heute rund 950 Mio. Euro von der Bahn zurückbekommen. Hinzu kommt, dass die S21-Mehrheit im Gemeinderat 2007 beschlossen hat, der Bahn die bis 2020 anfallenden Zinsen von jährlich 21,2 Mio. Euro zu schenken. Dafür könnten viele der in Stuttgart dringend benötigten Sozialwohnungen gebaut werden. Und zwar sofort und nicht erst nach Abschluss der S21-Bauarbeiten! (Denn die jetzt durch S21-Baulogistik blockierten Flächen wären sofort bebaubar.) Deutlicher kann man eigentlich nicht zeigen, wessen Interessen im Gemeinderat mehrheitlich vertreten werden, nämlich einzig und allein Kapitalinteressen.

Wir brauchen auch finanzielle Unterstützung. Stuttgart links, Handzettel und vieles andere kosten Geld. Auch für kleine Spendenbeiträge sind wir dankbar. DKP Stuttgart, Spendenkonto: IBAN: DE03600501010002078906, BIC: SOLADEST600



VERANSTALTUNG ZUM INTERNATIONALEN FRAUENTAG 8. März 2015

Am 8. Mai 1945 - vor 70 Jahren - wurde die Welt, aber auch unser Land, von der Barbarei des Hitlerfaschismus und dem bis dahin furchtbarsten Weltkrieg befreit, ganz besonders auch dank der Roten Armee.

Frauen waren schon immer besonders betroffen von Krieg und Gewalt, aber Frauen waren auch - wie Rosa Luxemburg und Clara Zetkin - in der ersten Reihe der Kriegsgegner zu finden.

Doch heute stehen wir erneut in einer brandgefährlichen Situation: Die Kriegsgefahr wächst und rassistische und faschistische Kräfte erhalten auch in Europa verstärkten Zulauf.

Am Beispiel der Ukraine wird deutlich, dass die imperialistische Neuaufteilung der Welt nach dem Ende der Systemkonkurrenz in eine neue kriegerische Phase getreten ist. Mit der Einkreisung Russlands wird nun auch eine Atommacht militärisch herausgefordert. Der deutsche Imperialismus will an vorderster Front dabei sein.

Als engagierte Kriegsgegnerin, Journalistin und Augenzeugin dieser Epochenäsur haben wir zu unserer diesjährigen Frauentagsveranstaltung **Susann Witt-Stahl** eingeladen.

Sie wird uns über ihre Erlebnisse auf dem Maidan in Kiew und aus den „Volksrepubliken“ der Ostukraine berichten, dort, wo der Imperialismus in Europa 25 Jahre nach dem Ende des Realsozialismus seine brutale Fratze zeigt, und wo aber auch die imperialistischen Hauptmächte mit ihren Raubzügen erstmals an Grenzen gestoßen sind.



Sonntag, 8.3.2015

ab 14:00 Uhr
Stuttgart-Feuerbach
Borsigstraße 5 (bei der DDF)
Nähe S-Bahnhof S-Feuerbach

DKP **SDAJ**



8. März 2015

VERANSTALTUNG ZUM
INTERNATIONALEN FRAUENTAG

DKP **SDAJ**

ViSdP: Bezirksvorstand der DKP BaWü, Böblinger Straße 105, 70199 Stuttgart